

Beschluss des 65. Bundeskongresses der Europa-Union
vom 09.10.2022

Zeitenwende in der europäischen Verteidigungspolitik macht Integrationsschritte einmal mehr notwendig

Der 24. Februar 2022 ist zu einem historischen und zugleich erschreckenden Tag für die europäische Sicherheitsarchitektur und Staatenordnung geworden. Der vom russischen Präsidenten geführte völkerrechtswidrige Angriffskrieg ist nicht nur ein Krieg gegen die Ukraine als souveräner Teil der europäischen Familie, sondern er richtet sich gegen alle Menschen, die in Frieden in einer demokratischen und freiheitlichen Weltordnung in Europa leben wollen. Die Europa-Union setzt sich dafür ein, dass die EU weiterhin als Garantin für den Frieden auf dem europäischen Kontinent wirkt.

Um Garantin für Frieden und Sicherheit auf dem europäischen Kontinent zu sein, reichen in einer multipolaren Welt die bisherigen Schritte einer Integration im Bereich der Sicherheits- und Verteidigungspolitik der EU nicht mehr aus. Wir folgen den Prinzipien einer gemeinsamen Verteidigungspolitik, die Identität und Unabhängigkeit Europas stärkt, um Frieden, Sicherheit und Fortschritt in Europa und in der Welt zu fördern. Neben Russland ist die diktatorisch geführte Volksrepublik China durch Menschenrechtsverletzungen geprägt. Eine aggressive Außenpolitik dieser Staaten gefährdet Sicherheit und Frieden in Asien und in der Welt.

Daher ist die Stärkung der europäischen Verteidigungskapazität durch eine enge Rüstungszusammenarbeit zwischen den EU-Staaten dringend notwendig. Der Wunsch Schwedens und Finnlands, NATO-Mitglied zu werden, unterstreicht die Notwendigkeit des amerikanischen Engagements für die Sicherheit Europas.

Zur Stärkung der EU müssen bereits jetzt wichtige gemeinsame Schritte unternommen werden, um mit einer Stimme zu sprechen und um ernstzunehmender Verhandlungspartner und geopolitischer Akteur zu sein:

1. Beschlüsse der Europäischen Union auf dem Gebiet der Außen- und Sicherheitspolitik sollen nach dem Mehrheitsprinzip gefasst werden. Kommission und Parlament sollen in die Beschlussfassung – auch über die Nutzung der European Peace Facility – einbezogen werden. Ohne Mehrheitsprinzip kann die EU nicht wirkungsvoll für ihre Interessen und Ideale in der Welt eintreten. Vor diesem Hintergrund soll ein Europäischer Verteidigungshaushalt aufgestellt werden. Die Budgethoheit hierüber soll beim Europäischen Parlament liegen. Dies würde aber eine Änderung der EU-Verträge bedeuten. Sollte dies nicht zu erreichen sein, so sollten die EU-Mitgliedstaaten, die für eine engere Zusammenarbeit in der Außen- und Sicherheitspolitik bereit sind, sich zu einem besonderen Bund zusammenschließen.
2. Die Demokratien dieser Welt sollten zur Sicherung einer freien Weltordnung enger zusammenarbeiten.
3. Die Europäische Union sollte stimmberechtigtes Vollmitglied der Vereinten Nationen werden und im Sicherheitsrat der Vereinten Nationen einen ständigen Sitz erhalten. Die EU sollte auf Kommandoebene einen operativen Sitz in der NATO erhalten.
4. Der Ausbau der europäischen Zusammenarbeit auf dem Gebiet der Sicherheit, v.a. im Rahmen der ständigen strukturierten Zusammenarbeit, darf bei einer gemeinsamen Beschaffungsstruktur nicht stehen bleiben. Dabei soll der Fokus auf europaweit einheitlichen Lösungen liegen, um Redundanzen zu minimieren und die Zusammenarbeit zwischen den europäischen Streitkräften zu erleichtern.
5. Die Ausarbeitung einheitlicher europäischer Mindestbedingungen für den Export von Rüstungsgütern aus der Europäischen Union in Drittstaaten (Rüstungsexportkontrolle).
6. Der Aufbau einer europäischen Verteidigungskooperation insbesondere im Bereich der Weltraum- und Cyberabwehr.

Diese Forderungen sollen einen konkreten Anstoß für eine selbstbewusste europäische Verteidigungspolitik bilden.